

Überwindung der Geburtenkrise

Max Wingen, langjähriger Mitarbeiter im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium und Autor dieser Zeitschrift, ist am 28. Januar 2005 völlig überraschend verstorben. In dem vorliegenden Buch¹ mahnt er über seinen Tod hinaus die Erfüllung langfristiger Aufgaben der Gesellschaftspolitik an. Der Titel charakterisiert das Anliegen des Verfassers: Es geht ihm um die Problematik einer auf lange Sicht schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland, sofern die Geburtenrate nicht wieder ein bestandserhaltendes Niveau erreicht. In vier Hauptabschnitten kreist er auf 140 Seiten das Thema ein.

Grundlage für die Forderung einer verstärkten Geburtenförderung ist einerseits eine Darlegung der vorauszusehenden Probleme bei unveränderter Geburtenrate, also eine sogenannte Status-quo-Prognose, und andererseits eine normativ geprägte Diskussion über gesellschaftspolitische Ziele, die in diesem Fall verletzt würden. Damit beschäftigt sich der erste Hauptabschnitt über „Geburtenförderung als eine vordringliche gesellschaftspolitische Langfristaufgabe der nächsten Jahre“. Der Verfasser malt das Szenario einer über ein Jahrhundert und länger anhaltenden Bevölkerungsschrumpfung aber nicht aus. Er stellt lediglich fest, daß die gegenwärtige Geburtenrate von etwa 1,4 Kindern pro Frau in der anwesenden Bevölkerung von Generation zu Generation, das heißt im Abstand von etwa 30 Jahren, jeweils zu einer Verkleinerung der Kindergeneration um etwa ein Drittel führen würde. Innerhalb von 100 Jahren würde sich damit die Kindergeneration halbieren. Bis sich dies in einer entsprechenden Schrumpfung der

Gesamtbevölkerung niederschlagen würde, dauert es allerdings um einiges länger. Dieser Schrumpfungsprozeß würde nur durch die Verlängerung der Lebenserwartung etwas verzögert. Weitere Zuwanderung – insbesondere aus dem außereuropäischen Raum, da alle EU-Länder vor ähnlichen Problemen stehen – kann diesen Prozeß nur leicht bremsen, wenn man nicht einen extrem hohen Ausländeranteil und damit einen Verzicht auf den bisherigen „German way of life“ hinnehmen will.

Der Verfasser formuliert das Ziel einer Bestandserhaltung nicht explizit, sondern er begnügt sich mit der prozeduralen Forderung nach einer Erhöhung der Geburtenrate, die er insbesondere mit den das Gemeinwohl charakterisierenden Werten des Grundgesetzes begründet, die andernfalls nicht mehr verwirklicht werden könnten. Im übrigen dient der erste Hauptabschnitt dazu, einerseits die sich allmählich in der Öffentlichkeit und auch im politischen Raum verbreitende Einsicht in das Bevölkerungsproblem aufzuzeigen und die im Hinblick auf die Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches verständliche Reserve gegenüber einer geburtenfördernden Politik abzubauen. Man kann sich allerdings fragen, weshalb diese rückwärts gewandte Auseinandersetzung nicht offensiver geführt wurde. Andererseits wird auf die Integrationsprobleme bei den bereits anwesenden Ausländern und auf die künftigen Zuwanderungsprobleme kaum eingegangen, obwohl sie für die Bevölkerungsentwicklung und für die Erreichung der im Grundgesetz spezifizierten Wertvorstellungen ebenfalls eine große Rolle spielen werden.

Will man eine geburtenfördernde Politik effektiv gestalten, muß man sich mit den Gründen für den seit Beginn der 70er Jahre anhaltenden Geburtenrückgang auseinandersetzen, um Ansatzpunkte für politische Maßnahmen zu erkennen. Dies versucht Wingen im zweiten Hauptabschnitt unter der Überschrift „Zum Geflecht der Gründe für den längerfristigen Geburtenrückgang“. Dabei stellt er den engen Zusammenhang mit der Familienfrage in den Vordergrund. Einerseits weist er auf die erhöhte Wahlfreiheit und die zahlreicher gewordenen Wahlmöglichkeiten in Bezug auf die Gestaltung der eigenen Biographie hin, andererseits hebt er die infolge des beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels erhöhte Unsicherheit hervor.

Diese sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit den dadurch bestimmten ökonomischen und außerökonomischen Opportunitätskosten spielen für die Verwirklichung eines Kinderwunsches eine wichtige Rolle. Aber auch die in der Gesellschaft vorherrschenden Normen und kulturellen Deutungsmuster, die sich durch den zunehmenden Wertepluralismus laufend verschieben, sind von großer Bedeutung. Die bisherige Familienpolitik stellt ebenfalls einen Einflußfaktor dar, dessen Auswirkungen auf die Geburtenrate noch weitgehend ungeklärt sind bzw. die infolge einer Verdrängung der Fragestellung kaum analysiert wurden. Dieser Diskurs zeigt wichtige mögliche Einflußfaktoren auf, aber Ansatzpunkte für eine vom Verfasser geforderte „bevölkerungsbewußte Familienpolitik“ werden nicht deutlich sichtbar. Jedenfalls können aus der Sicht des Verfassers monetäre Transfers nur einen geringen Beitrag leisten. Wie die Werthaltungen der Bevölkerung beeinflusst werden könnten, bleibt offen.

Der dritte und mit 77 Seiten umfangreichste Hauptabschnitt handelt über die

„Grundlagen einer bevölkerungsbewußten Gesellschafts- und Familienpolitik mit geburtenfördernder Wirkung“. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Abgrenzung zwischen dem vom Verfasser präferierten Konzept einer „bevölkerungsbewußten Familienpolitik“ und einer von ihm abgelehnten „Bevölkerungspolitik“ mehr als eine semantische Streitfrage ist.

Jedenfalls geht es auch Wingen bei seinem Politikkonzept, für das er nur integrativ angelegte Szenarien als problemangemessen ansieht, um eine Erhöhung der Geburtenrate. Nacheinander werden dann die Bedeutung der Stabilität der Partnerbeziehung, die Zeitbalance zwischen Familien- und Erwerbsarbeit und die staatlichen Rahmenbedingungen zu deren Optimierung sowie eine familiengerechte Einkommensgestaltung diskutiert. Wenn auch auf einige mit staatlichen Transfers oder mit Regulierung beeinflussbare Aspekte hingewiesen wird, so bleibt doch offen, wie die Stabilität der Partnerbeziehungen und der Arbeitsverhältnisse beeinflusst werden könnte. Die individuellen Wert- und Normorientierungen entziehen sich eben weitgehend staatlicher Beeinflussung, soweit sie sich nicht im Gefolge verbesserter Rahmenbedingungen für die Erfüllung der vorhandenen Kinderwünsche „von selbst“ ändern. Auch die Bedingungen des Arbeitsmarktes können nur sehr beschränkt beeinflusst werden.

Ausführlich wird der Konflikt zwischen individueller und kollektiver Rationalität diskutiert, d. h. die Frage, inwieweit die individuellen Entscheidungen in Bezug auf das Geburtenverhalten gleichzeitig dazu führen, daß das „Gemeinwohl“ bzw. die es konkretisierenden Ziele erreicht werden. Hierzu meint der Verfasser: „Eine Lösung dieser Problematik wird vielmehr in Richtung der Schaffung und dauernden Sicherung einer Sozialordnung zu suchen sein, in der die Rahmenbedingungen für die freien Ent-

scheidungen für oder gegen Kinder so gestaltet sind, daß sie nicht nur der selbstständig wahrgenommenen Verantwortung für das eigene Leben entsprechen, sondern zugleich i.S. des Gemeinwohls wirksam werden. Dies setzt u.a. eine von den jungen Paaren grundsätzlich als gerecht eingestufte Sozialordnung voraus“ (85).

Problematisch erscheinen Wingen die gegenwärtig an vielen Stellen vorhandenen Anreize zum Verzicht auf Kinder. Hierzu meint er an anderer Stelle: „Aufgabe einer nachhaltigen und strukturreformerischen Gesellschafts- und Familienpolitik ist es, diese Anreize mit Stumpf und Stiel zu beseitigen“ (92). Diese Forderung wird in vielen Einzelaspekten diskutiert. Wingen weist auch darauf hin, daß eine weite Verbreitung von befristeten Arbeitsverhältnissen in der Zeit der Familiengründung die wirtschaftliche Unsicherheit junger Paare vergrößert und damit vermutlich auch das generative Verhalten beeinflußt, aber eine staatliche Politik, die das verhindern könnte, wird nicht skizziert. Damit zeigt sich aber auch, daß der Widerspruch zwischen individueller und kollektiver Rationalität nicht auf das Fertilitätsverhalten junger Paare beschränkt ist, sondern auch das Verhalten der Unternehmen unter den Bedingungen der verschärften Wettbewerbs in Zeiten der Globalisierung betrifft. Die in jüngerer Zeit von Wirtschaftspolitikern so stark vertretene Angebotspolitik hat diesen Zusammenhang bisher völlig unbeachtet gelassen.

Wingen faßt auch das „heißeste Eisen“ an, nämlich die Forderung, daß es keine handfesten Vorteile bringen darf, auf Kinder zu verzichten. Zustimmend wird Franz Ruland zi-

tiert: „Der ökonomische Vorteil derer, die keinen Kindern unterhaltspflichtig sind, muß abgeschöpft werden und als Summe denjenigen zugute kommen, die die Lasten des Aufziehens der nächsten Generation tragen“ (86). Wingen will dabei zwar nicht einer Position „to have it all together“ das Wort reden, aber er nähert sich ihr doch stark an. Zu der kritischen Frage, in welcher Form die ökonomischen Vorteile derjenigen, die keine Kinderlasten tragen, abgeschöpft werden sollen, finden sich keine Hinweise. Damit bleibt auch die Aufbringung der Mittel für einen Ausbau der Familienförderung im Dunkeln. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß ordnungspolitische Begründungen der verschiedenen Aspekte deutlich im Vordergrund stehen, während die konkreten Regelungen meist nur angedeutet werden. Hierin liegt auch eine Schwäche des Buchs.

Der letzte Hauptabschnitt gibt einen Ausblick, der mit einem Fragezeichen versehen wird: „Auf dem Wege zu einer Neu- und Höherbewertung der Elternschaft?“ Hierin wird nochmals die Hoffnung auf eine veränderte Familienpolitik begründet, und zwar „in Wahrnehmung der Fernverantwortung (Hans Jonas)“, die des Einsatzes aller verantwortlichen Kräfte wert sei.

Man wird sehen, ob dieser lesenwerte Band dazu beiträgt, das Bewußtsein für diese nur auf sehr lange Sicht zu lösenden politischen Aufgaben mit mehr Nachdruck als bisher anzugehen.

Richard Hauser

¹ Wingen, Max: Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft. Grafschaft: Vektor 2004. 140 S. Br. 12,-.